

Eberhard Berg, Lupinenweg 10, 71665 Vaihingen-Kleinglattbach

Beitrag zur Aussprache

in der Gemeinderatssitzung am **Mittwoch, 19. Dezember 2018**

Haushalt 2019 – Stellungnahme der Gemeinderatsfraktionen

Meine Damen und Herren, Herr Oberbürgermeister,

wie jedes Mal in den letzten Jahren, verzichte ich darauf Zahlen aus dem uns nun vorliegenden Haushalt für 2019 zu zitieren. Da verweise ich auf die Worte unseres Oberbürgermeisters und seiner Stadtkämmerin im Rahmen der Haushaltseinbringung am 22. November. Dieser Haushalt listet alles auf, was so im Laufe der Zeit beschlossen wurde, oder zumindest angedacht wurde, was denn so im nächsten Jahr und eventuell auch in den Folgejahren umgesetzt werden soll. Er ist also ein Dokument der abgeschlossenen Entscheidungsprozesse. Und zeigt auf, was 2019 in und für unsere Stadt geschieht, oder aber auch was nicht geschieht. Er zeigt auch die Lücken, die noch gefüllt werden müssen, für die noch um Mehrheiten gerungen werden muss.

Dazu gehört zweifellos das Bemühen um einen bezahlbaren Wohnraum in unserer Stadt, für unsere Mitbürger. Für unsere jungen Mitbürger, die sich auf eigene Füße stellen sollen, die eigene Familien gründen wollen und die dafür derzeit oftmals keine Wohnung finden, die sie sich leisten können. Für die mittlere Generation, die sich den Wunsch nach Wohneigentum nicht mehr, oder nur unter schwersten Bedingungen, erfüllen können, da bereits die Bauplatzpreise in eine Höhe gestiegen sind, dass ein Hausbau oder auch eine Eigentumswohnung, für Familien mit nur einem Lohnempfänger undenkbar erscheint.

Und wir brauchen auch bezahlbaren Wohnraum für unsere älteren Mitbürger, bei denen oftmals die Rente nach 40 Arbeitsjahren nicht ausreicht um Wohnungsmiete und einen angemessenen Lebensstandard zu vereinen.

Wir können nicht länger warten auf entsprechend große Baugebiete, um dadurch eventuell an Flächen zu kommen, die für einen etwas preiswerteren Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden können. Wenn wir als Vertreter unserer Stadtbürgerschaft und unsere Stadtverwaltung es wirklich ernst meinen, dann müssen wir Flächen aktivieren, auf denen sich kurzfristig günstige Wohnungen errichten lassen. Wir sollten auch umdenken und nicht krampfhaft festhalten an einer größeren Siedlungsfläche bei der wir nicht weiterkommen. Einmal gefasste Beschlüsse können auch widerrufen werden, wenn sie sich als Sackgasse erweisen. Im Interesse unserer wohnungssuchenden Mitbürger könnten wir ruhig etwas mehr Mut haben und einen neuen Weg beschreiten.

Bürgerbeteiligung ist das Wort des Jahres hier in Vaihingen. Für die einen ist Bürgerbeteiligung das Allheilmittel für alle nicht zufriedenstellende Planungen und Entscheidungen. Für andere ist es eine Anmaßung, wenn nicht sogar ein destruktives Element,

das alles gewohnte umstürzt. Wenn nicht gar die repräsentative Demokratie in Frage stellt. Eine Verständigung auf eine sinnvolle und fruchtbare Bürgerbeteiligung, die ja an sich durchaus zu begrüßen ist, wird schwierig, wenn die einen ihre Vorstellungen, oftmals formuliert als Forderungen, im Angriffsmodus vortragen und die anderen dies dann, und das ja dann durchaus zu Recht, tatsächlich als Angriff verstehen und sich dann ebenfalls dem konstruktiven Gespräch verweigern.

Bürgerbeteiligung ist ein Zeichen der heutigen Zeit. Wir müssen Wege und Methoden finden, die es interessierten Bürgern ermöglichen ihre Meinungen und Vorstellungen in einen Entscheidungsprozess frühzeitig einzubringen. Was nicht bedeuten kann, dass eine kleine Gruppe den Anspruch erhebt, für die Bürger zu sprechen. Und die letztendliche Entscheidung liegt auch in der Zukunft bei den durch gleiche, freie und geheime Wahl beauftragten Vertreter der Bürgerschaft unserer Stadt. Beim Gemeinderat. Der dann auch die Verantwortung trägt für das was er für die Stadt plant und entscheidet.

Aber ich denke, es ist wichtig und es lohnt sich, wenn wir uns mit dem Wunsch aus der Bürgerschaft auf mehr Teilnahme an den Diskussionsprozessen befassen. Und das muss mehr sein als ein ritualisiertes Abfragen irgendwann im Verlauf eines Entscheidungsprozesses. Ich kann derzeit auch noch kein brauchbares Konzept vorlegen. Aber wir als selbstbewusster Gemeinderat müssen im Gespräch mit unseren Bürgern einen akzeptablen und sinnvollen Weg finden zu mehr Teilhabe auch unserer Wähler am kommunalen Geschehen zwischen den Wahlgängen.

Eine gute Möglichkeit die Bürger mit einzubeziehen ist die Vorbereitung, die Planung und Durchführung der Gartenschau. Hier ist viel Phantasie und auch unkonventionelles Denken gefragt. Etwas für das unserer Stadt bisher nicht so berühmt war. Wir haben jetzt die Chance nicht nur ein paar Blumen in die Erde zu pflanzen, sondern nachhaltiges für die Stadt zu schaffen.

Übrig bleiben muss ein Alleinstellungsmerkmal für unsere Stadt. Eine Gartenschau die Auswirkungen hat auf die gesamte Innenstadt. Ihr eine neue Attraktivität zu verschaffen. Die Gartenschau verknüpfen mit einer zukunftsorientierten Stadtplanung. Jetzt endlich mal rein in ein stadtgestaltendes Denken. Es sind ja erste Impulse gesetzt. Mit dem neuen Sparkassengebäude und der Anbindung des Gebäudes über der Vinothek an das Gebäude des Ordnungsamtes, sind ja Beispiele sichtbar, die einen neuen Weg weisen. Eine Stadt, ja auch unsere Stadt, lebt ja seit Jahrhunderten vom Wandel, von der Anpassung an neue Bedürfnisse, an neue Technologien und nicht an der Konservierung althergebrachter Materialien und Proportionen.

Und wer jetzt drauf wartet dass ich auf die kropfunnötige Gestaltungssatzung in ihrer jetzigen Form zu sprechen komme, wird nicht enttäuscht werden.

Wie ich ja Jahr für Jahr wiederhole, wir müssen endlich wegkommen von der in den letzten Jahren und Jahrzehnten intensiv gepflegten „erhaltenden Stadtsanierung“, die nur dazu geführt hat, dass niemand mehr so richtig Lust hat in der Innenstadt sach- und fachgerecht zu investieren, sondern künftig mehr in Richtung „gestaltende Stadtsanierung“ umsteuern. Wenn wir Menschen dazu bringen wollen im Stadtkern oder in den Ortskernen zu investieren, zu wohnen und zu arbeiten, dann müssen wir mehr auf deren heutige Bedürfnisse Rücksicht nehmen und weniger an mittelalterlichen Bauformen und Materialien festhalten. Der eben angesprochene Neubau der Sparkasse zeigt doch dass es auch anders geht. Nur macht es jetzt wirklich keinen Sinn mehr die

veraltete Gestaltungssatzung weiterhin anzuwenden. Aber es tut sich nichts in Richtung Überarbeitung oder Neufassung.

Auch von den angedachten Gestaltungsbeiräten hören wir nichts mehr. Eine Initiative von uns zur Änderung der Gestaltungssatzung wurde zur Jahresmitte ausgebremst mit der Ankündigung die Verwaltung kümmere sich jetzt aber wirklich um diese Sache. Aber Pfeifendeckel, außer dass wir vor einem halben Jahr von der Verwaltung eine Broschüre des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau usw. zum Thema „Mehr Qualität durch Gestaltungsbeiräte“ erhalten haben hören wir nichts mehr. Das Thema ist wieder in der Versenkung verschwunden. Die Klagen gegen die Anwendung der altbackenen Satzung aber nicht. Aber die Hoffnung stirbt zuletzt. Irgendwann wird sich die Vernunft durchsetzen, auch in diesem Fall.

Die Diskussion um eine gelungene oder eben auch nicht gelungene Stadtgestaltung kommt ja immer wieder mal neu in Schwung. Ein wesentliches Element für die Attraktivität einer Innenstadt ist die weitestgehende Barrierefreiheit. Barrierefreiheit fängt aber nicht bei entsprechend ausgeführten Hauseingängen an, sondern schon bei der Ausführung der Verkehrswege. Hier ist der Gemeinderat noch zu mutlos. Pflastersteine in der Stuttgarter Straße sind schon richtig, sie aber zum absoluten Prinzip zu erhöhen und für unsere bewegungseingeschränkten Mitbürger, die auf Rollator und Rollstuhl angewiesen sind, ist das verlegte Pflaster eine Qual. Hier gilt es noch viel zu verändern.

Der Abbruch des sogenannten Bahnhotels war wahrscheinlich nicht zu verhindern. Dass aber auch die stadtbildprägende Ziegelfassade der Gewinnmaximierung weichen muss, hat meine Kollegin Lampl-Hegazy schon frühzeitig kritisiert. Damals wurde sie abgebügelt. Auch von Kollegen, die jetzt Krokodilstränen weinen. Auch wenn ich nicht der Meinung bin, jede alte Hütte mit aller Gewalt zu erhalten, sollten wir aber um des Stadtbildes willen etwas mehr Sensibilität entwickeln und auch bereit sein gegen weniger Rücksicht nehmende Großinvestoren mehr Standfestigkeit zu entwickeln. Was nämlich unsere Bürger zu recht ärgert, ist die absolute Anwendung von Bebauungsplänen und Satzungen gegenüber Bau- oder Umbauwilligen einfachen Mitbürgern und die großzügige Befreiung von größeren Firmen und systemrelevanten Geldhäusern.

Bei der Schulsozialarbeit sind wir gut aufgestellt. Es wird sensibel auf die Bedürfnisse der einzelnen Schulen eingegangen. Sicher aus deren Sicht könnte das immer noch mehr sein. Aber wenn wir uns erinnern von wo wir in dieser Frage herkommen, ist das jetzt schon ganz in Ordnung. Wir müssen aber auch die Ursachen sehen, die dazu führen, Schulsozialarbeit überhaupt zu benötigen. Natürlich stimmt es da auch in manchen Elternhäusern nicht. Die Vereinzelung unserer Kinder, sicher auch bedingt durch PC, Tablet und Smartphone, führt zu immer geringeren Sozialkompetenzen und leider auch zu geringerer Sprachkompetenz. Wenn wir jedem Kind dieselben Grundbedingungen in seinem Bildungsweg bieten wollen, müssen wir dem entgegenwirken durch Maßnahmen die wir auch in unserer Zuständigkeit umsetzen können. Hierzu gehört die Schwelle zum Besuch eines Kindergartens, einer Kindertagesstätte, so niedrig wie möglich zu halten. Ein Punkt dabei ist der kostenfreie Kindergartenplatz. Einige Städte und Gemeinden haben diesen Schritt schon vollzogen. Auch wir müssen und werden uns mit dieser Frage im kommenden Jahr noch beschäftigen. Eine Unterstützung durch das Land wäre hierfür natürlich wünschenswert, wie bereits z.B. in Rheinland-Pfalz. Leider legt sich bei uns in Baden-Württemberg ausgerechnet der grüne Ministerpräsident quer. Ja, so ändern sich die Zeiten und bei dem einen oder anderen die politischen Schwerpunkte.

Für heute stimmen wir diesem Haushalt zu. Auch wenn wir einzelnen wenigen Haushaltsansätzen kritisch gegenüberstehen.
Aber das Gesamtwerk entspricht der vorliegenden Beschlusslage.

Und die ausführlichen, tiefgründigen und lebhaften Diskussionen in den zahlreichen Vorberatungen, haben ja keine grundsätzlichen Differenzen aufgezeigt. Dennoch verbindet uns das nicht von der Aufgabe uns weiterhin darüber zu verständigen was denn wirklich unbedingt nötig ist. Dann sollten wir uns endlich im Sinne der Nachhaltigkeit Gedanken machen, wie wir investieren, was die Maßnahmen denn kosten dürfen und wie wir die Folgekosten aus diesen Maßnahmen so gering als möglich halten können.

Und so stimmen wir dem Haushalt für 2019 und allen seinen Verzweigungen zu, auch wenn wir davon überzeugt sind, dass wir über das eine oder andere dort enthaltene Projekt noch werden reden müssen und dann entsprechend neu entscheiden müssen.